Deutscher Bundestag **Drucksache 18/11668**

18. Wahlperiode 23.03.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Franziska Brantner, Tom Koenigs, Annalena Baerbock, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/11175 –

"Group of Friends" für Konfliktprävention im Rahmen der Vereinten Nationen

A. Problem

Die Konfliktprävention und die Suche nach politischen Lösungen bei internationalen Konflikten sollte nach Auffassung der Antragsteller ins Zentrum der Bemühungen der Vereinten Nationen und ihrer Mitgliedsstatten gestellt werden. Dies solle in enger Zusammenarbeit mit den jeweiligen Regierungen und anderen politischen Akteuren, den lokalen Bevölkerungen, der Zivilgesellschaft und Regionalorganisationen geschehen.

Zwar seien in der Vergangenheit zahlreiche Ansätze für die friedliche Konfliktbearbeitung entwickelt worden, aber die von Kofi Annan bereits 1999 geforderte und seither von vielen bekräftigte „Kultur der Prävention“ habe sich bislang nicht durchgesetzt. Hier stehe auch Deutschland in der Verantwortung. Im Zusammenhang mit der Debatte über ein Mehr an internationaler Verantwortung sollte Deutschland gerade im Bereich der Konfliktprävention dieser Verantwortung gerecht werden und vorangehen, ohne die Debatte auf rein militärische Aspekte zu verengen.

Der Bundestag möge die Bundesregierung dazu auffordern, im Rahmen der Vereinten Nationen gemeinsam mit Partnern eine informelle „group of friends for conflict prevention“ (Freundeskreis für Konfliktprävention) ins Leben zu rufen, der Repräsentanten aller Weltregionen umfassen und sich auf allen Ebenen innerhalb der Vereinten Nationen für eine „Kultur der Prävention“ einsetzen solle. Die „group of friends“ solle keine neue Institution sein, sondern schon bestehende Strukturen innerhalb der Vereinten Nationen weiterentwickeln und stärken, indem sie in alle Gremien hineinwirke, insbesondere in den Sicherheitsrat, die Peacebuilding Commission und den Menschenrechtsrat. Sie solle sich auch konkret für einzelne Friedensprozesse einsetzen, Konfliktwarnungen des Generalsekretärs weitertragen und für die notwendige politische und materielle Unterstützung von Mitgliedsstaaten werben.

Weiterhin solle die „group of friends“ sicherstellen, dass die Finanzierung der Aktivitäten der Vereinten Nationen im Bereich Konfliktprävention, einschließlich der Special Political Missions, auf eine stabilere Basis gestellt werde.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 18/11175 abzulehnen.

Berlin, den 22. März 2017

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Thorsten Frei
Berichterstatter

Dr. Ute Finckh-Krämer
Berichterstatterin

Jan van Aken
Berichterstatter

Omid Nouripour
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Thorsten Frei, Dr. Ute Finckh-Krämer, Jan van Aken und Omid Nouripour

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 18/11175** in seiner 218. Sitzung am 16. Februar 2017 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Konfliktprävention und die Suche nach politischen Lösungen bei internationalen Konflikten sollte nach Auffassung der Antragsteller ins Zentrum der Bemühungen der Vereinten Nationen und ihrer Mitgliedsstatten gestellt werden. Dies solle in enger Zusammenarbeit mit den jeweiligen Regierungen und anderen politischen Akteuren, den lokalen Bevölkerungen, der Zivilgesellschaft und Regionalorganisationen geschehen.

Zwar seien in der Vergangenheit zahlreiche Ansätze für die friedliche Konfliktbearbeitung entwickelt worden, aber die von Kofi Annan bereits 1999 geforderte und seither von vielen bekräftigte „Kultur der Prävention“ habe sich bislang nicht durchgesetzt. Hier stehe auch Deutschland in der Verantwortung. Im Zusammenhang mit der Debatte über ein Mehr an internationaler Verantwortung sollte Deutschland gerade im Bereich der Konfliktprävention dieser Verantwortung gerecht werden und vorangehen, ohne die Debatte auf rein militärische Aspekte zu verengen.

Der Bundestag möge die Bundesregierung dazu auffordern, im Rahmen der Vereinten Nationen gemeinsam mit Partnern eine informelle „group of friends for conflict prevention“ (Freundeskreis für Konfliktprävention) ins Leben zu rufen, der Repräsentanten aller Weltregionen umfassen und sich auf allen Ebenen innerhalb der Vereinten Nationen für eine „Kultur der Prävention“ einsetzen solle. Die „group of friends“ solle keine neue Institution sein, sondern schon bestehende Strukturen innerhalb der Vereinten Nationen weiterentwickeln und stärken, indem sie in alle Gremien hineinwirke, insbesondere in den Sicherheitsrat, die Peacebuilding Commission und den Menschenrechtsrat. Sie solle sich auch konkret für einzelne Friedensprozesse einsetzen, Konfliktwarnungen des Generalsekretärs weitertragen und für die notwendige politische und materielle Unterstützung von Mitgliedsstaaten werben.

Weiterhin solle die „group of friends“ sicherstellen, dass die Finanzierung der Aktivitäten der Vereinten Nationen im Bereich Konfliktprävention, einschließlich der Special Political Missions, auf eine stabilere Basis gestellt werde.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 18/11175 in seiner 81. Sitzung am 8. März 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/11175 in seiner 91. Sitzung am 8. März 2017 an den Unterausschuss „Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln“ zur gutachtlichen Mitberatung überwiesen. Dieser hat den Antrag in seiner 34. Sitzung am 20. März 2017 beraten und empfiehlt gutachtlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/11175 in seiner 92. Sitzung am 22. März 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 22. März 2017

Thorsten Frei
Berichterstatter

Dr. Ute Finckh-Krämer
Berichterstatterin

Jan van Aken
Berichterstatter

Omid Nouripour
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.